

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1352

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1352



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Kontrolle statt Verantwortung: Wie staatliche Risikovermeidung die Leistungsbereitschaft zerstört



STEFAN BLANKERTZ * • Dezember 2017

Hilfe der Menschen untereinander spielt in jeder Gesellschaft eine tragende Rolle. Unterstützung von Hilfebedürftigen ist zunächst Angelegenheit der Familie. Darüber hinaus kennt jeder moralische Kodex in der Welt die Pflicht, in Not geratene Mitmenschen, denen Angehörige nicht helfen können oder wollen, mit Almosen zu unterstützen.

Als die ökonomische Organisation der Arbeit die Grenzen der familiären Produktion überwunden hatte, bildeten die Arbeiter Unterstützungsfonds, um sich gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit im Alter abzusichern. Diese selbstverwalteten Unterstützungsfonds bedeuteten eine grosse wirtschaftliche Macht in den Händen der Arbeiter. Der Staat – in diesem Fall besonders repräsentiert durch die mächtige Klasse der staatskapitalistischen Unternehmer, die in der industriellen Revolution eine bedeutende Rolle spielte – fürchtete die in den Unterstützungsfonds angesammelte Macht der Arbeiter. Darum wurden die Unterstützungsfonds durch die Verstaatlichung der Sozialversicherungen entmachtet. Selbst die deutschen, an den Staat geketteten Gewerkschaften bekämpften bis zur Wende zum 20. Jahrhundert die staatlichen Sozialversicherungen, da sie eine Enteignung der Arbeiter darstellten. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts haben die deutschen Gewerkschaften die staatliche Sozialversicherung zu einer von ihnen erkämpften «Errungenschaft» umdefiniert.

Die Okkupation der gegenseitigen Hilfe durch die Installierung staatlicher Wohlfahrtspflege hat eine eigene Klasse geschaffen: die Klasse jener, die von staatlichen Zuwendungen abhängig sind, aber weder zur herrschenden Klasse gehören noch zur Klasse jener, die eine soziale Funktion erfüllen. Marxistisch gesprochen: Lumpenproletariat und Lumpenbourgeoisie.

Sicherheit als Grundbedürfnis

Das Bedürfnis nach Sicherheit geht anderen Bedürfnissen voran: Sicherheit ist die Möglichkeitsbedingung zu deren Befriedigung. Selbst das Bedürfnis nach Nahrung lässt sich erst befriedigen, wenn die Produktion und die Lagerung von Nahrungs-

* Der Autor ist Sozialwissenschaftler, Schriftsteller und Dozent am Gestalt-Institut Köln.

mitteln nicht durch natürliche Katastrophen oder räuberische Eingriffe anderer Menschen bedroht werden. Jedwede Tätigkeit des Menschen ist auf eine gewisse Absicherung angewiesen.

Zu allen Zeiten haben die Menschen davon geträumt, dass es ihnen das ewige Glück auf Erden verheissen würde, wenn sie denn von den Risiken des Lebens befreit wären. Sie haben viele Ideen entwickelt und Anstrengungen auf sich genommen, um ihr Leben sicherer zu machen. Technische Entwicklungen auf der einen und soziale Organisationen auf der anderen Seite sind zu diesem Zweck entstanden. Es gehört zu den tragischen und traumatischen Erfahrungen der Menschheit, dass ihre Bemühungen um Sicherheit umso anfälliger gegen Misserfolg sind, je gewaltiger und «sicherer» sie zu sein scheinen.

Die Urform dieser Erfahrung findet sich in der Genesis des Alten Testaments [Gen. 11, 1-9], der Geschichte vom «Turmbau zu Babel». Die Menschen wollten einen weithin sichtbaren Turm bauen, gleichsam eine Brücke zum Himmel, «damit wir uns nicht über die ganze Erde zerstreuen». Der Turm soll den Zusammenhalt der Gesellschaft also symbolisch sichern. Er bricht jedoch ein und die Menschen zerstreuen sich über die ganze Erde.

In der Moderne steht der Untergang der «Titanic» für das Versagen der Technik, Sicherheit zu garantieren. Das gigantische Schiff wurde, obgleich schlecht konstruiert und mit minderwertigen Materialien erbaut, als «unsinkbar» deklariert. Dass es unterging, war ein Schock, der sich noch heute in der Popularität der Mythen ausdrückt, die sich um die «Titanic» gebildet haben.

Fast mehr noch als die Technik haben die sozialen Sicherungssysteme die Menschen enttäuscht: Immer wieder mussten sie feststellen, dass diejenigen, die sie mit der Wahrung ihrer Sicherheit betrauten, sie hintergingen, ausplünderten und verfolgten. Häuptlinge führten Kriege um ihres Ruhmes willen, nicht zur Sicherung gegen Angreifer. Monarchen lebten auf Kosten des Volkes in Saus und Braus und machten sich aus dem Staub, wenn sie gebraucht worden wären. Der Staat unterdrückte seine Bürger, vermochte es aber nicht, der Kriminalität oder der Bedrohung durch Krieg Herr zu werden. Kommunisten versprachen die soziale Befreiung für alle und forderten Millionen von Opfern.

Risikominimierung durch den Staat

Zu den Massnahmen der Risikominimierung durch den Staat gehören unter anderem gerade jene, die normalerweise als die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft gelten, etwa die zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren oder Einkommensverluste hinnehmen zu müssen, ist eine existentielle Bedrohung für die Menschen, wenn diese Sicherungsmassnahmen nicht greifen.

Die Kehrseite der Befreiung vom Arbeitsplatzrisiko ist bzw. wäre, dass sich der Eindruck verbreiten kann, es käme auf die eigene Leistung nicht an, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Man kann beispielsweise nicht nur krank sein und ist

dann abgesichert, sondern man kann sich auch krank stellen und ist in gleicher Weise abgesichert. Der Zusammenhang von Krankmeldungen und Lohnfortzahlung hat sich bewahrheitet, als Letztere in Deutschland kurzfristig auf 80 Prozent des Lohnes gesenkt wurde. Die Krankenstände nahmen ab. Als die Lohnfortzahlung erneut auf 100 Prozent angehoben wurde, nahmen auch die Krankenstände in den Betrieben wieder zu.

Mit der Ideologie der Risikominimierung wird auf folgende Weise eine Entkopplung des Einkommens von der Leistung bewerkstelligt: Die Ideologie behauptet, die Koppelung des Einkommens an die Leistung sei keine objektive Bedingung des Lebens, sondern eine Schikane profitorientierter Unternehmen. Denn natürlich gibt es für viele Menschen weiterhin die Koppelung von Einkommen an Leistung. Dies empfindet die etatistische Gesellschaft jedoch als einen bedauernswerten Anachronismus, der so schnell wie möglich überwunden werden sollte.

Eine verbreitete Vorstellung, in der Einkommen und Leistung entkoppelt ist, lautet folgendermassen: Jemand erwerbe sich durch eine Ausbildung (z.B. Universitätsstudium) oder durch eine einmal errungene berufliche Position (z.B. Abteilungsleiter) das unbedingte Recht auf ein entsprechendes Einkommen. Die Gesellschaft sei demnach verpflichtet, denjenigen, der dieses Einkommensniveau nicht erreicht, so lange zu unterstützen – etwa mittels Arbeitslosenversicherung –, bis er es erreicht. Es wird wenig darüber nachgedacht, dass dieses «Recht» von Beitragszahlern finanziert werden müsste, die meist erheblich weniger verdienen als der auf diese Weise Unterstützte.

Es gehört zu den Eigenheiten der bestehenden staatsgläubigen Gesellschaft, dass diese sich stets weigert, auf die Verlierer zu schauen, die durch die Formulierung immer weitergehender Forderungen an das anonyme Netzwerk entstehen. Es wird einfach vorausgesetzt, dass Organisationen wie Unternehmen und Versicherungen über finanzielle Ressourcen verfügen, die niemand erarbeitet haben muss. Diesen Organisationen stehen, so die geheime Voraussetzung des Anspruchsdenkens, nahezu unbegrenzte Ressourcen zur Verfügung, und sie könnten diese freigebig verteilen. Wenn sie sich weigern, sie zu verteilen, sei dies reine Willkür.

Beispiel Schulwesen

Die sicherste Form der Entkopplung von Einkommen und Leistung ist eine Finanzierung der Arbeit, die nicht auf Zustimmung der Kunden angewiesen ist. Ein besonders markantes Beispiel sind die öffentlichen Schulen.

All jene, die als Lehrer in einer staatlichen Schule arbeiten oder als Verwaltungsangestellte den Schulbetrieb aufrechterhalten, brauchen sich weder um die Finanzierung noch um den «Verkauf» ihrer Leistung Sorgen zu machen: Die Schule finanziert sich aus Steuermitteln, die zwangsweise eingetrieben werden. Den Verkauf der Leistung «Unterricht» stellt ein Annahmeweg sicher, genannt Schulpflicht. Über die Schulpflicht hinaus fördert das öffentliche Bildungswesen seinen Absatz, indem

der Zugang zu vielen Berufen an den Erwerb von offiziellen Abschlüssen gekoppelt wird.

Die konservative Kritik an diesem Zustand weist meist darauf hin, dass die Lehrer – bzw. alle auf diese Weise abgesicherten Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes – «faul» sein könnten. Sie fordern eine «leistungsgerechte» Entlohnung. Die Lehrer wehren sich dann mit dem Hinweis, wie viel sie leisten und wie lange sie arbeiten würden. In der Tat ist «Faulheit» eine Unterstellung. Viele Lehrer engagieren sich durchaus. Zwar ist es eine Frage der Gerechtigkeit, ob ein «fauler» und ein «fleissiger» Lehrer gleich viel verdienen sollten. Darum geht es in der Ideologie vom leistungsunabhängigen Einkommen aber gar nicht wirklich.

Betrachten wir die privaten Musiklehrer Gerd und Fritz. Gerd ist einfühlsam und geschickt darin, Kindern das Klavierspielen nahezubringen. Die Kinder kommen mit Freude, und ihre Eltern sind gern bereit, für die Stunde einen relativ hohen Satz zu bezahlen. Da Gerd ein genügsamer Mensch ist, braucht er nicht viele Stunden zu geben. So besehen ist er durchaus «faul». Fritz dagegen kommt nicht so gut bei den Kindern an. Er hat es schwerer, Kunden zu akquirieren, und bietet seine Stunden entsprechend günstiger an. Darum muss er, um das gleiche Einkommen wie Gerd zu erzielen, mehr Stunden geben. Er ist «fleissig».

Für den Lehrer der öffentlichen Schule ist es dagegen unerheblich, ob seine «Kunden», die Schüler (oder deren Eltern), mit seiner Leistung zufrieden sind. Nicht nur, ob er faul oder fleissig ist, ist für seinen Lohn unerheblich, sondern auch, ob das, was er tut, das Ziel erreicht oder nicht. In diesem Sinne braucht er keine Verantwortung für die Folgen seines Tuns zu tragen. Dass Lehrer für die Folgen ihres Tuns keine Verantwortung zu tragen brauchen, ist durchaus nicht unerheblich. Denn der schulische Erfolg der Kinder entscheidet sehr stark mit über deren Lebensmöglichkeiten. Wer Freude daran hat, Schüler zu quälen, kann dies tun, ohne dass es Folgen für ihn persönlich hat. Die Schüler haben natürlich im Gegenzug Spass daran, den Lehrer zu piesacken. Am Ende geht es allen schlecht.

Mehr Markt statt mehr Geld

Das Prinzip der Entkoppelung von Leistung und Einkommen gilt zunächst für alle, die von der öffentlichen Hand beschäftigt werden. Dieses Prinzip ist durch die Einführung von Leistungslöhnen nicht zu beheben. Wenn zum Beispiel ein Finanzbeamter «belohnt» wird, weil er seine «Leistung», besonders viele Steuernachforderungen zu stellen, steigert, ist das eine Erziehung zum Sadismus, nicht zur Leistungsgerechtigkeit im Sinne einer menschlichen Gesellschaft.

Die Entkoppelung von Leistung und Einkommen betrifft rund die Hälfte aller Arbeitnehmer. Denn jedem Arbeitnehmer im privaten Sektor steht einer im öffentlichen Sektor gegenüber. Tendenziell ist das Prinzip der Entkoppelung von Leistung und Einkommen jedoch auch in vielen privatwirtschaftlichen Zusammenhängen etabliert worden. In Grossbetrieben fehlt oft das Bewusstsein, dass es die eigene Leistung

ist, mit der man sein Einkommen erwirtschaftet. Das Gehalt kommt doch automatisch jeden Monat aufs Konto...

Dass die Entkoppelung von Leistung und Einkommen tatsächlich den beschriebenen Effekt hat, lässt sich an einem Experiment mit Bildungsgutscheinen in Wisconsin, USA, beobachten. Die Ökonomin Caroline M. Hoxby hat dieses Experiment wissenschaftlich begleitet. Das Experiment in den 1990er Jahren sah vor, dass die Eltern von sozial benachteiligten Kindern in Brennpunktgebieten das Geld, das der Staat für Schulbildung aufwenden würde, in Form von Gutscheinen bekommen. Diese Gutscheine konnten sie an einer Institution ihrer Wahl einlösen. Im Gegenzug erhielten die öffentlichen Schulen der an dem Experiment beteiligten Bezirke keine direkten öffentlichen Zuwendungen mehr, sondern nur im Verhältnis zur Zahl der Kinder, die sie unterrichteten.

Diese Situation entspricht genau dem Szenario, das die Kritiker der Bildungsgutscheine besonders fürchten: Sie gehen in einem solchen Fall davon aus, dass die Besten der Kinder bzw. die Kinder der engagiertesten Eltern von den entsprechenden Schulen «abwandern», während die schlechtesten bzw. am meisten vernachlässigten Schüler zurückbleiben. Dies ist im öffentlichen Schulsystem ja ohnehin Gang und Gäbe: Engagierte ebenso wie karriereorientierte Eltern setzen alles daran, dass ihre Kinder auf ihrer Meinung nach «gute» Schulen gehen. Erst dadurch entstehen ja überhaupt die so genannten «Brennpunkt»-Schulen.

Hoxby hat nun nicht die Schulen untersucht, zu denen Kinder hin abwandern, sondern diejenigen, die Auffangbecken für die zurückbleibenden Kinder bilden: Deren Eltern hatten keine andere Institution gewählt bzw. sie waren von keiner anderen Institution aufgenommen worden – eine Negativauswahl. Hoxby verglich die Leistungsentwicklung einer Stichgruppe von Schülern im üblichen staatlichen Bildungswesen mit derjenigen von Schülern, die auf vom Experiment betroffene öffentliche Schulen gingen.

Die Leistungsstärke der Kinder in der Vergleichsgruppe war am Beginn der Untersuchung deutlich höher als die der betroffenen Schulen. Dies ergab sich zwangsläufig daraus, dass an dem Experiment ausdrücklich nur Schulen beteiligt waren, die in sozialen Brennpunkten lagen, und dass die Schüler, die auf diesen Schulen «zurückblieben» wie gesagt eine Negativauswahl darstellten. Interessant ist jedoch, dass die in das Experiment einbezogenen Schulen im Verlauf des Experiments die Leistungsstärke der Kinder deutlich erhöhen konnten, und zwar mehr als die der Vergleichsgruppe. Bezüglich der Lesefähigkeit hat die Leistung in der Vergleichsgruppe sogar abgenommen, während sie in der Gruppe der betroffenen Schulen leicht zunahm.

Damit dies nicht als Effekt von eventuell erhöhtem Einsatz von Geldmitteln gedeutet werden kann, hat Hoxby den Massstab der «Schulproduktivität» eingeführt. Unter Schulproduktivität versteht sie die Testergebnisse bezogen auf die Ausgaben: Produktivität wird von ihr gemessen als Testpunkt pro tausend Dollar Ausgabe für jeden Schüler. Je grösser die Verhältniszahl, umso grösser ist die Produktivität.

Das Ergebnis von Hoxbys Untersuchung der Schulproduktivität bestätigt den ersten Eindruck: Die Vergleichsgruppe war ursprünglich «produktiver» (die Schüler brachten einen bildungsfreundlicheren Hintergrund mit, sodass es einfacher und damit auch kostengünstiger war, sie zu unterrichten), die in das Experiment einbezogenen Schulen holten aber deutlich auf. Bezüglich des Lesenlernens (das in den USA seit Jahrzehnten als besonders kritisch angesehen wird) war der Abfall der Produktivität anders als in der Vergleichsgruppe sehr gering. Es zeigte sich, dass die in das Gutscheinsystem einbezogenen öffentlichen Schulen mit einem nur geringfügig höheren Einsatz von Geldmitteln die Lesefähigkeit ihrer Schüler verbessern konnten, während in der Vergleichsgruppe trotz deutlich gesteigertem Einsatz von Geldmitteln die getestete Lesefähigkeit sogar noch sank.

Wie lässt sich das Ergebnis der Hoxby-Studie erklären? Die öffentlichen Schulen hatten innerhalb dieses Experimentes die Wahl, entweder tatenlos zuzusehen, wie eine zunehmende Abwanderung von Schülern letztendlich in der Schliessung der Schule und Entlassung der Lehrer münden würde, oder aber aktiv zu werden und zu versuchen, dass sie Eltern und Schüler überzeugen, in der jeweiligen Schule zu bleiben. Während über Jahrzehnte hinweg die Lehrerfunktionäre in den USA wie auch in Europa davon gesprochen hatten, eine Verbesserung der Bildung gerade der Unterprivilegierten sei nur mit mehr und noch mehr Geld zu erreichen, schafften es die Lehrer in den vom Gutscheinplan betroffenen Schulen innerhalb weniger Jahre sensationelle Erfolge bei unterprivilegierten, bildungsfeindlichen Schülern. Dafür gaben sie nicht mehr, sondern im Durchschnitt sogar weniger Geld aus.

Folgen der staatlichen Risikominimierung

Fatale ökonomische, soziale und psychologische Folgen begleiten die beschriebene Entkoppelung von Leistung und Einkommen. Unsere Gesellschaft erfordert nämlich sehr viele Leistungen. Sie erfordert viele Waren. Sie erfordert eine hohe Produktqualität. Sie erfordert grosse Produktsicherheit. Sie erfordert Unmengen von Dienstleistungen. Die Entkoppelung von Leistung und Einkommen führt jedoch zu Engpässen, zu Qualitäts- und Sicherheitsmängeln und zum Unwillen, Dienstleistungen zu erbringen. Für die öffentliche Hand ergibt sich der Zwang zu immer höheren Ausgaben. Bei den Grossbetrieben, in deren Struktur das Prinzip der Entkoppelung von Leistung und Einkommen Einzug gehalten hat, ergibt sich die Notwendigkeit, Subventionen aus der Staatskasse zu erhalten, um überleben zu können.

Die Verlagerung der Risikokontrolle aus den Händen des einzelnen Menschen in die Hände des anonymen Staates birgt einen Mechanismus in sich, mit dem die Gesellschaft das Ziel ihrer Mitglieder untergräbt, sich selbst zu verwirklichen. Die «gesellschaftliche» Risikokontrolle führt nämlich dazu, dass der Spielraum, der dem einzelnen Menschen zur Verfügung steht, um sich zu entfalten, immer weiter eingeschränkt wird. Ein Beispiel: Da gönnen sich Menschen ein Leben lang den Genuss, Zigaretten zu rauchen. Wenn sie sich dann Krankheiten zuziehen, verlangen sie, ihre Angehörigen und die Öffentlichkeit, dass der Staat einschreiten möge, indem er die

Hersteller zu Warnhinweisen oder zur Senkung der Nikotin- und Teerwerte zwingen. Oder indem er das Rauchen in Restaurants, bei der Arbeit und auf öffentlichen Plätzen verbiete.

Staatlich hergestellte Risikominimierung bedeutet immer auch, die Tätigkeiten, mit denen man sich selbst verwirklichen will, einzuschränken oder gar zu verbieten.

Erst wenn der Prozess, in welchem die Risikokontrolle die freie Entfaltung des Individuums behindert, sehr weit fortgeschritten ist, merken die Menschen, dass zur wahren Selbstverwirklichung auch gehört, die Folgen des eigenen Tuns selbst tragen zu müssen und zu dürfen. In England wurde sogar schon diskutiert, den Konsum von Eiern und eihaltigen Speisen einer offiziell zu erlassenden Begrenzung zu unterwerfen, weil Ernährungswissenschaftler dies empfohlen hatten. Das ging dann doch selbst den hartgesottenen Risikovermeidern zu weit, und die Gesetzesinitiative verschwand wieder. Aber wer weiss, wie lange?

Kontrolle ersetzt Verantwortung

Die Vorstellung, jeder Mensch habe einen Anspruch, seine Lebensrisiken auf das staatliche «soziale Netz» zu übertragen, und es sei im Gegenzug die Pflicht «der Gesellschaft», die Lebensrisiken zu übernehmen, hat in sehr kurzer Zeit ein Gemeinwesen entstehen lassen, das viel weitergehende Kontrollen ausübt, als sie in den früheren Tyrannen und Diktaturen üblich waren. Die alten Kontrollsysteme waren vor allem zum Schutz der herrschenden Klasse von Enteignern da und wehrten direkte Angriffe ab: durch Polizei, Armee und Pressezensur. Die neuen Kontrollsysteme sind vor allem zum Schutz jedes einzelnen Menschen vor seinen eigenen Handlungen bzw. den Folgen der eigenen Handlungen da. Die Menschen können und wollen das System gar nicht mehr angreifen, weil sie sich ja damit bloss selbst schaden würden.

Ein umfassendes System der Risikokontrolle stellen etwa die zwangsmässigen Sozialversicherungen dar. Irgendwann ist der Zwang hinzugekommen, eine Pflegeversicherung abschliessen zu müssen. Für den, der in Ruhe sein Leben geniessen will, ist es selbstverständlich störend, sich über die Möglichkeit Gedanken zu machen, was passiert, wenn er zum Pflegefall wird. Grosszügig nimmt ihm der Gesetzgeber diese Sorge ab. Er zwingt ihn, sich entsprechend abzusichern.

Das «soziale Netz» bestimmt nun, wie viel des Einkommens der Einzelne zu seiner unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung und wie viel er zu seiner Vorsorge einsetzen darf. Damit übernimmt das Netzwerk des Staates jedoch auch die Verpflichtung, in jedem Fall einzuspringen, wenn der Einzelne in Schwierigkeiten gerät. Diese Verpflichtung wird schnell zu einer schweren Bürde, wie die fortwährenden Krisen zeigen, die Sozialsysteme zu finanzieren. Die Finanzierungskrisen führen zur Erhöhung der zwangsweise erhobenen Abgaben und schränken damit weiter den Bereich des selbstverantworteten Handelns ein. Dies ist die Selbstzerstörung der freien Gesellschaft.

Risikovermeidung auch im Privaten

Die gesetzliche Regelung der Scheidungsfolgen ist eine ebensolche gesellschaftliche Risikokontrolle. Zwar ist es ein Abbau staatlichen Eingriffs in die Privatsphäre, dass das «Zerrüttungsprinzip» die unwürdige Form, bei der Scheidung auf der Suche nach dem Schuldigen staatsöffentlich «schmutzige Wäsche zu waschen», beendet hat; es bleibt aber problematisch, dass hinsichtlich der Unterhaltszahlungen die Orientierung an der staatlich festzustellenden Bedürftigkeit dazu führen kann, möglicherweise eine Unschuldige zu verurteilen, einen Schuldigen eventuell das ganze zukünftige Leben lang zu unterstützen.

Indem die Ehen von Gerichten geschieden und die gegenseitigen Verpflichtungen nach dem Gesetz festgelegt werden, enthebt das Netzwerk die sich trennenden Personen, sich mit den Folgen ihrer Handlungen auseinanderzusetzen: Sie haben geheiratet, eventuell Kinder bekommen, womöglich gemeinsame Werte geschaffen, und nun wollen sie sich scheiden lassen. Alle diese Handlungen haben Folgen. Der Spass ist vorbei; mit dem Schlamassel, der zurückbleibt, sollen sich andere beschäftigen. Das mag auf den ersten Blick bequem sein, führt letztlich allerdings dazu, die Kontrolle über das eigene Leben an das etatistische Netzwerk abzugeben.

Hingewiesen sei noch auf die Risikoabsicherung der Unternehmer, die sich in den staatlichen Subventionen ausdrückt. Dies ist für die Unternehmer, die auf diese Weise vor den Folgen falscher Entscheidungen geschützt werden, höchst erfreulich – allerdings nur so lange, bis sie merken, dass sie durch die Hilfe auch abhängig werden und keine freien Unternehmer mehr sind, sondern Staatskapitalisten geworden sind.

Unangebrachter Sozialneid

Bei Rentnern und Arbeitslosen ist demgegenüber das Prinzip der Entkopplung von Leistung und Einkommen nicht gegeben. Sie haben – wenn auch zwangsweise – in eine «Versicherung» eingezahlt, das heisst: von ihrer früheren Leistung etwas aufgewendet, um in der jetzigen Situation nicht mittellos dazustehen. Man beneidet die Rentner um ihr sorgloses Einkommen, vergisst aber die steuerliche Leistung, die sie schon erbracht haben. Gemessen an ihrer Leistung bekommen sie oft sogar zu wenig, weil die staatlichen Versicherungssysteme lediglich umverteilen.

Mit besonderem Neid werden die Einkommen von Künstlern und Stars bedacht. Aber gerade die Mediengesellschaft sollte einsehen, dass «Prominenz» eine hervorragende Leistung ist. Wer würde zu einem Konzert gehen, an dem unbekannte Musiker spielen? Wer sieht sich Shows an, die von Unbekannten geleitet werden und in denen Unbekannte auftreten? Wer sieht sich Filme von unbekannten Regisseuren mit unbekannten Schauspielern an? Wer geht in Ausstellungen unbekannter Künstler? Wer liest die Bücher unbekannter Autoren? Wer besucht am Wochenende das Fussballspiel des Quartiersvereins, anstatt die Übertragung der Meisterschaft im Fernsehen anzusehen? Nur eine Minderheit.

Wenn jemand also mehr Gerechtigkeit verlangt, kann er dazu selbst beitragen, indem er die Veranstaltungen von Unbekannten besucht. Sie freuen sich garantiert über jeden einzelnen Zuschauer, Zuhörer und Leser! Stattdessen fordert man Subventionen für die Unbekannten – damit man ausschliesslich die Veranstaltungen der Prominenten besuchen kann, ohne ein schlechtes Gewissen den armen Künstlern gegenüber haben zu müssen...

Die Fixierung auf Prominenz hat auch mit ritueller Risikobegrenzung zu tun. Wenn ich mich entscheide, mich von jemandem unterhalten zu lassen, von dem ich bereits weiss, dass er eine gewisse Qualität bietet, ist das weniger riskant, als wenn ich mir den Film eines unbekannten Regisseurs anschau. Der könnte nämlich grosser Mist sein.

Mit Hass werden Spekulanten verfolgt. Gleichwohl steht fest, dass Spekulanten in jeder komplexen Volkswirtschaft eine unersetzliche Funktion ausüben. So unersetzlich ist die Funktion der Spekulanten, dass sie sogar in den zusammengebrochenen Planwirtschaften des realen Sozialismus geduldet werden mussten: Wenn ein Spekulant wusste, dass in Leningrad eine Ladung Schrauben überflüssig herumstand, die in Novosibirsk zur Produktion von Traktoren gebraucht wurde, trug er zur Planerfüllung bei, obgleich er nicht einen einzigen Gegenstand hergestellt hatte.

Die Leistung der Spekulation besteht darin, vorhandenes Geld, produzierte Waren und akkumuliertes Wissen jeweils an die Orte zu bringen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Dies ist die Leistung, mit der Spekulanten ihr Geld verdienen.

Wer einmal versucht, mit ein bisschen Geld an der Börse zu spekulieren, merkt sofort, dass die Behauptung vom «schnell verdienten Geld» ziemlich Unfug ist. Es bedarf professioneller Anstrengungen, um sein Geld dort nicht noch schneller zu verspielen als beim Roulette.

Verstaatlichte Verantwortung

Fehlende Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, ist das Kennzeichen unserer Gesellschaft, das von eher konservativen Kulturkritikern am häufigsten beklagt wird. Dabei ist jedoch zu fragen, zu welcher «guten alten Zeit» Konservative in diesem Punkt zurückkehren wollen: Früher durften die meisten Menschen keine Verantwortung übernehmen – und heute? Wollen sie es nicht oder wird es ihnen nach wie vor verwehrt?

Die Ideologie von der gesellschaftlichen Absicherung gegen das Risiko entspricht der Ablehnung von individueller Verantwortung. Typische Erscheinungsformen sind folgende:

- Wenn es ein Unglück gibt (etwa ein Flugzeug stürzt ab oder ein Zug entgleist), bei dem «menschliches Versagen» eine Rolle spielt, ist der erste Ruf immer der nach besseren Regeln, lückenloser technischer Überwachung und mehr Kontrolle.

- Wenn ein Arzt durch einen Kunstfehler einen Patienten schädigt, werden genauere Vorgaben bei der Behandlung gefordert.
- Wenn es in der Politik einen Bestechungsskandal gibt, überlegt man, wie man durch neue Gesetze und weitere bürokratische Hürden so etwas für die Zukunft verhindern könnte.
- Wenn jemand aus unserer Mitte zum Mörder wird, entwickelt man Behandlungspläne, um ihn wieder in die Gesellschaft einzugliedern.
- Wenn durch unsachgemässen Gebrauch von irgendetwas ein Schaden entsteht, zwingt man die Hersteller, selbst gegen noch so aberwitzige Eventualitäten Sicherungen einzubauen.

In der etatistischen Gesellschaft ist die Übernahme von Verantwortung im Idealfall unnötig geworden.

Illusion kollektiver Verantwortung

Es geht in Wirklichkeit gar nicht um die Frage, ob Menschen Verantwortung übernehmen wollen. Individuelle Verantwortung scheint vielmehr ein überflüssiger Anachronismus geworden zu sein. Denn die Verantwortung tragen nicht mehr Menschen, sondern Maschinen, Strukturen und Regeln.

Maschinen, Strukturen und Regeln werden unglücklicherweise von fehlbaren Menschen gemacht. Die Menschen, denen die Maschinen, Strukturen und Regeln unterstellt sind, überfrachtet man mit unglaublicher Verantwortung. Für sie gilt die gesellschaftliche Erlaubnis zu grenzenloser Selbstverwirklichung übrigens nicht.

Stellen wir den Vergleich an: Ein Arzt behandelt eine begrenzte Zahl von Patienten. Wenn er Fehler macht, so ist das seine Verantwortung. Der Bereich seiner Verantwortung ist sowohl für ihn selbst als auch für seine Patienten sehr gut überschaubar.

Dann, um einzelne ärztliche Fehler zu minimieren, arbeitet ein Gremium von Ärzten Vorgaben für die Behandlung irgendeiner Krankheit aus. Sie tun das bestimmt «nach bestem Wissen und Gewissen», wie man so schön sagt. Nach diesen Vorgaben müssen sich jetzt tausende von Ärzten richten. Ein Fehler in einer solchen Behandlungsvorgabe richtet nun auch einen tausendmal grösseren Schaden an.

Für diesen Schaden ist überdies niemand mehr verantwortlich. Der behandelnde Arzt ist nicht verantwortlich, insofern er sich an die Vorgabe gehalten hat (selbst wenn er hätte merken können, dass eine Abweichung von der Vorgabe für den Patienten besser gewesen wäre). Die Kommission, die die Vorgabe ausgearbeitet hat, ist keine Person, die Verantwortung trägt. Ihre Mitglieder sind inzwischen eventuell gestorben. Selbst wenn sie noch leben, kann ein Kommissionsmitglied zum Beispiel sagen: «Ich war schon damals anderer Meinung, wurde aber überstimmt.» Ein anderes Kommissionsmitglied sagt etwa: «Damals waren unsere Vorgaben in Ordnung. Inzwischen ist die Wissenschaft weiter, ich weiss. Es war mir aber unmöglich, eine Veränderung der Vorgaben durchzusetzen.»

Individuelle Verantwortung wird zerstört

Ist dieser Prozess der Okkupation der Verantwortung durch das anonyme Netzwerk staatlicher Institutionen abgeschlossen, wird die Übernahme individueller Verantwortung zum kriminellen Akt gestempelt: Ein Arzt wird – um beim Beispiel zu bleiben – selbst dann für eine Abweichung von den Behandlungsvorgaben belangt, wenn er dadurch einem Patienten das Leben rettet.

Ayn Rand hat in ihrem Roman *Der Streik* bereits 1957 vorweggenommen, wohin eine Gesellschaft treibt, die die individuelle Verantwortung zerstört: In Szenen, die sich heute weniger als Fiktion denn als Realität lesen, zeigt sie, dass sich kreative, verantwortliche Menschen wie Unternehmer, Erfinder und Künstler, angewidert zurückziehen, während Bürokraten die Macht übernehmen und das Land zugrunde richten. Der Niedergang des Landes, das Ayn Rand beschreibt, vollzieht sich in Industrieunfällen, die den sich häufenden technischen Tragödien der Gegenwart erstaunlich ähnlichsehen. Ayn Rand hoffte, dass die Kreativen nicht bloss streiken, sondern auch aktiv rebellieren würden. Diese Hoffnung harrt weiterhin ihrer Verwirklichung.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Dieser Beitrag erschien im LI-Band «Sackgasse Sozialstaat – Alternativen zu einem Irrweg».

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2017, Liberales Institut.